

Für Nulltarif und Ausbau der Öffis

Mit Privatisierung und Scheinheiligkeit wird den Interessen von Konzernen und etablierten Parteien nachgegeben. Auf Kosten eines gut funktionierenden öffentlichen Verkehrs wird in Wirklichkeit Individualverkehr gefördert. Aber Gratis-Öffis für alle wären leicht finanzierbar. Und die Wiener Tarifreform“ benachteiligt jene mit wenig Geld. **Seite 2**

Deutschland: Fünf Jahre DIE LINKE!

Vor fünf Jahren als DIE LINKE entstand, galt sie als Erfolgsstory. Heute stagniert die Partei. Weniger Leute treten bei, die Treffen sind schlechter besucht und in der Öffentlichkeit werden vor allem die Personaldebatten wahrgenommen. Lucy Redler, Mitglied der Linken und der SAV analysiert, was passiert ist. **Seite 12**

Schwerpunkt

Bis zu 25% für neue Parteien: Die Frage ist nur – wird dieses Vakuum von links oder von rechts gefüllt? Eine neue Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche ist dringend nötig. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 208 | 05.2012

Löhne rauf! Preise runter!



2011 stiegen die Lebensmittelpreise um 4,2%. Und die Steigerung geht weiter: Für Güter des täglichen Bedarfs in den letzten drei Monaten noch einmal um 8,2%; für „Luxusartikel“ wie Bohnenkaffee (+32%) und Orangensaft (+25%) besonders. Kosten für Wohnen und Energie steigen seit Jahren weit stärker als die Löhne. Dazu kommen noch explodierende Treibstoffpreise (2011: +18,1%). Die offizielle Teuerungsrate ist viel niedriger als die echte für Menschen mit normalem und niedrigem Einkommen!

Während für uns das Leben immer teurer wird,

Österreich die internationale kapitalistische Krise noch nicht voll durchgeschlagen hat, steigt die Arbeitslosigkeit – plus 10.110 Menschen ohne Job seit März 2011. Die Kombination aus teurem Leben, den hohen Profiten und der Angst, den Job zu verlieren, war in den letzten Monaten ein starker Motor für hohe Lohnforderungen z.B. beim MetallerInnenstreik im Oktober 2011. Doch ÖGB und Fachgewerkschaften haben wenig bis nichts getan, um diese Stimmung in einen Kampf für höhere Löhne und niedrige Preise zu verwandeln. Trotz hoher



Fotomontage: Copyleft Alex Swoidl

Der Lebensmitteleinkauf wird zur Armutsfalle!

legen die Gewinne weiter zu. Während viele ArbeitnehmerInnen nicht mehr wissen wie sie das Geld für die Miete ohne Schulden aufreiben, wissen viele superreiche AnlegerInnen nicht, wo sie weiter investieren sollen. Obwohl in

Kampfbereitschaft vieler KollegInnen wurde oft sehr niedrig abgeschlossen. Kampfmaßnahmen wurden wie in Oberösterreich zugunsten fauler Deals abgeblasen. Das Gerede von „Fairness“ ist da bestenfalls zynisch!

Stattdessen hat der ÖGB dem Sparpaket zugestimmt, das unter anderem massive Lohnsenkungen im Öffentlichen Dienst bedeutet.

Viele fragen sich zu Recht, was der ÖGB eigentlich noch für die ArbeitnehmerInnen tut und überlegen sich den Beitrag zu sparen. Wir brauchen eine automatische Anglei-

chung der Löhne und Gehälter an die echte Inflation, um Verluste für ArbeiterInnen, PensionistInnen und ihre Familien zu verhindern. Dafür brauchen wir ganz andere, kämpferische Gewerkschaften, die die Wut der KollegInnen bündeln, Kämpfe gegen das Sparpaket und für echte Lohnerhöhungen führen!

Michael Gehmacher

Die SLP fordert:

- Gewerkschaften & AK müssen die echte Inflation selbst berechnen
- Automatische Anpassung von Löhnen & Gehältern an die Inflation – Kampf um Erhöhungen darüber!
- Weg mit Mehrwert- und Mineralölsteuer – sie belasten v.a. kleinere Einkommen!

Der Standpunkt

von Sonja Grusch Im Leitbild des ÖGB steht: "Wir vertreten in Wort und Tat konsequent die Mitgliederinteressen." Und in § 19.4 des Statuts findet sich: „Jedes Mitglied hat die Pflicht: gewerkschaftliche Disziplin bei der Durchführung von beschlossenen Aktionen zu halten und jedes dem Ansehen des ÖGB abträgliche Verhalten zu vermeiden“. So weit die Theorie. Doch die Praxis sieht anders aus: Sparpaketen wird zugestimmt, Regierungen, die sozialen Kahlschlag betreiben werden unterstützt.

Das jüngste Beispiel für das statutenwidrige Agieren der Gewerkschaftsführung ist das Aussetzen

ÖGB: Die Führung ignoriert die eigenen Spielregeln!

des Streiks der Landes- und Gemeindebediensteten in Oberösterreich im März. Denn das dauernde Zurückweichen, die Serie von faulen Kompromissen – das alles schadet der Gewerkschaftsbewegung enorm. Natürlich wird die Gewerkschaftsführung nicht veröffentlichen, wie viele KollegInnen aus Wut und Enttäuschung über das neuerliche klein-beigeben ausgetreten sind. Und wie immer werden sie nur jene Stimmen zitieren (und in ihrer Verleugnung der Wahrheit wohl auch nur jene Stimmen hören!) die ihren Kurs bestätigen. Ich kann den Herren Haudum (GdG-ÖÖ), Fogler (ÖGB-Präsident) & Co. (und ihren Kolleginnen, die um nichts weniger weltfremd sind) nur empfehlen, wirklich zuzuhören, wie die Stimmung in den Betrieben und Dienststellen ist und diese nicht nur als Rangiermasse zu betrachten. Und v.a. unter Jugendlichen: was soll die Motivation sein, in einer Organisation Mitglied zu sein, in der die Basis keine wirkliche Mitsprachemöglichkeit hat und die die ständigen Verschlechterungen für Beschäftigte schönredet? Diese Gewerkschaftsführung schadet der Gewerkschaft – wir brauchen eine völlig andere!

Übrigens: Ich bin seit 25 Jahren ÖGB-Mitglied und habe vor kurzem dafür eine Urkunde erhalten. Darauf kann ich gerne verzichten. Lieber wäre mir eine Gewerkschaft, die endlich kämpft!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Öffis nur für Bobos?

Öffentlicher Verkehr wird von den etablierten Parteien verwendet, um angeblich im Interesse des Umweltschutzes Lügen

ein herkömmliches Auto angewiesen sind. Die Regierung kann sich dann mit „Umweltschutz“ dekorieren, obwohl der Ef-

kostenlosem öffentlichem Verkehr für alle statt Privatisierung.

Der öffentliche Verkehr bleibt ein teures „Vergnügen“

zu verbreiten. Tatsächlich wird der Individualverkehr gefördert. Automobilkonzerne betreiben bei der Regierung Lobbying für Förderung von (Schein- bis Halb-) Elektromobilität, die sich ein paar wenige Superreiche leisten können.

Zahlen werden dafür vermutlich Menschen mit niedrigem Einkommen und ohne öffentliche Verkehrsanbindung, die auf

fekt nicht im Umweltschutz, sondern im Profit liegt. Bahntarife werden immer unerschwinglicher, sodass es billiger ist, mit dem Auto zu fahren.

Wer die Umwelt wirklich schützen will, muss öffentlichen Verkehr für alle gewährleisten und attraktiv machen. Das geht nur mit Ausbau des öffentlichen Verkehrs statt der Schließung von „unrentablen“ Strecken und mit

Ausbau heißt nicht Nobel-Catering und Luxusabteile, sondern rasche, zuverlässige und bequeme Anbindung für alle und überall, auch am Land. Intervalle müssen verkürzt werden, Barrierefreiheit gewährleistet sein. Öffentlicher Verkehr muss allen zum Nulltarif zur Verfügung stehen. Das Geld dafür ist da. Es wird aber mittels großwahn-sinniger Autobahn- und Tunnelprojekte in Profite für Baukonzerne gesteckt und landet bei ManagerInnen, AufsichtsrätInnen, LobbyistInnen und BeraterInnen in und um Infrastrukturunternehmen. **Sigi Lauerermann-Perg**

Mobilität für alle schützt die Umwelt

Das Recht auf Mobilität privaten Profiten zu unterwerfen führt zur Einschränkung des öffentlichen Verkehrs und teuren Tarifen. Dadurch wird öffentlicher Verkehr unattraktiv und unerschwinglich. Wenn hingegen sämtliche Verkehrs-, Bau- und Infrastrukturunternehmen unter demokratischer Kontrolle von Fahrgästen, MitarbeiterInnen und AnrainerInnen verstaatlicht sind, kann das Geld, das derzeit in den Händen ei-

niger Konzerne ist, für bedürfnisorientierten Verkehr verwendet werden. Anstatt dass ein paar ProfitierInnen entscheiden, ob eine Autobahn gebaut wird, würden wir nach unseren Bedürfnissen entscheiden und der öffentliche Verkehr könnte allen zum Nulltarif zur Verfügung gestellt und so ausgebaut werden, dass er attraktiv wird und den Individualverkehr bis auf wenige Ausnahmen unnötig und unattraktiv macht.



Was wurde aus der grünen 100-Euro-Jahreskarte?

Angeblich werden Öffis in Wien billiger. Tatsächlich werden Einzelfahrschein, Wochenkarte und „Klimakarte“ teurer. Wer nicht täglich oder ganzjährig fährt, wie viele prekär Beschäftigte oder Erwerbslose, zahlt drauf. Für ganz Arme gibt es mit dem Mobilpass 50% Ermäßigung – nur erhält man den Pass schwer und außerdem können auch 50% noch zu viel sein. Wer nicht zahlen kann, wird repressiv verfolgt.

Künftig werden 200,- abgenommen, wenn nicht 100,- innerhalb von drei Tagen bezahlt werden. Dazu kommt eine Verwaltungsstrafe, was im Fall von Armut Ersatzarrest bedeutet. Auch dass die Jahreskarte bei Ratenzahlung teurer ist, ist Ausfluss dieses je-ärmerdesto teurer-Prinzips. Studierende zahlen saftig drauf: Das Semester-ticket wurde um 50% teurer – bei nur einem Monat längerer Gültigkeit.



Der rechte Rand

Imagepolitik mit Schmetterlingskindern

Am Ostermontag veranstaltete der Fußballverein „Hellas Kagran“ ein Benefizspiel zugunsten von „Schmetterlingskindern“. Mit dieser Aktion versucht der FPÖ- und Burschenschaftler-Verein sein Image aufzubessern. 2008 hatte die SLP eine Kampagne gegen die Übernahme der Club-Präsidentschaft durch Martin Graf organisiert, den bekannten rechtsaußen Stürmer der FPÖ, 3. Nationalratspräsident, Mitglied der Olympia. Damals waren antirassistische Spielerinnen ausgeschlossen worden, die nicht wollten, dass der Verein für den FPÖ-Wahlkampf missbraucht wird. Hellas ist ein Anziehungspunkt für diverse Rechte. Schade ist, dass es Hellas gelungen ist, Schirmherren wie die Kabarettisten Buchgraber&Brandl, Ferner, Jirkal für ihre Sache einzuspannen. Rechtsextremen so zu mehr Akzeptanz zu verhelfen ist sicher kein guter Zweck!

„Wir für Wien“

Seit neuestem zeigt sich eine neue rechtsextreme Gruppe auf Wiens Straßen. „Wiens Identitäre Gruppe (WIR)“ plant zweiwöchentlich Infotische abzuhalten. Obwohl sie harmlos erscheinen wollen, verteilen sie hetzerisches Material gegen „Überfremdung“ und „Multikulti“ und argumentieren im Sinne Sarrazins. Ihre geistige Herkunft lässt sich gut an ihren Kontakten ablesen: „SOS Heimat“, „BI Dammstraße“ oder auch die NPD-nahe Zeitung „Junge Freiheit“ haben sie verlinkt. Die SLP akzeptiert Rassismus nicht, auch wenn er sich zu tarnen versucht und wird diesen Vorstoß politisch bekämpfen und auch darüber aufklären wo die echten Probleme Wiens liegen.

Das Sparpaket und die Repression

Wer beim AMS eine Frist versäumt oder einen Antrag falsch ausfüllt wird bestraft. ÖVP-Kurz will SchulschwänzerInnen

so wagemutig sind“. Also weniger protestieren.

Tatsächlich ist der Sicherheitsbereich einer der Wenigen, der von har-

alle konkret spürbar und der Unmut wächst bereits.

Massenproteste wie in Griechenland oder Spanien scheinen für Österreich

ren Seite sieht das ebenfalls im Sparpaket vorgesehene Steuerabkommen mit der Schweiz keine Verfolgung derjenigen vor, die uns al-

Sparpaket und Repression gehören zusammen: Wir müssen gemeinsam bekämpfen was uns gemeinsam betrifft!

und ihre Eltern mit hohen Geldstrafen belegen. Alle Parteien wollen „mehr Polizei“, es gibt zusätzliche Stadtwachen, Wächter im Gemeindebau oder „Gackerlpatrouillen“...

Der Staat will Stärke zeigen. Wer sich nicht an „die Regeln“ hält, spürt die Konsequenzen. Der spanische Politiker Felip Puig macht klar, wohin es gehen soll. Er will dass „die Leute mehr Angst vor dem System haben und deshalb nicht mehr

ten Kürzungen verschont geblieben ist. Mit gutem Grund: Mit Bankenrettungen und Sparpaketen macht die Regierung Politik gegen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Noch gelingt es ihr, viele der Maßnahmen als notwendiges Übel darzustellen und so zu tun, als seien die Belastungen des Sparpakets gerecht zwischen Arm und Reich verteilt. Bald aber werden die zahlreichen Kürzungen für

noch unrealistisch, sind aber die große Angst der Herrschenden auch hier. Wie in anderen Ländern auch, bereiten sie sich mit einer Verschärfung der Repression darauf vor.

So wurde 2010 die bedingte Geldstrafen abgeschafft. Diese Verschärfung (keine Bewährung bei Geldstrafen mehr) führt auch zu mehr Ersatzfreiheitsstrafen, da viele sich die Geldstrafe nicht leisten können. Auf der ande-

len seit Jahren Milliarden an Steuern stehlen.

Da uns Repression gemeinsam betrifft müssen wir uns auch gemeinsam wehren. Z.B. Erwerbslosengruppen unterstützen sich gegenseitig bei Ärger mit dem AMS. Letztlich müssen wir alle solche Initiativen verbinden und eine Plattform schaffen, die nicht nur gegen Repression kämpft sondern auch gegen ihre Ursachen.

Tilman M. Ruster

Löhne, Preise und ManagerInnengehälter

Gehälter steigen kaum...

Obwohl laut dem Wertschöpfungsbarometer 2010 der AK Oberösterreich die nominelle Wertschöpfung (d.h. ohne Berücksichtigung Inflation) bei 53% über dem Wert von 2004 lag, sind die Gehälter nur um 13% angestiegen.

Wenn man den Zeitraum ausdehnt und die Reallohnentwicklung betrachtet wird das Bild noch etwas düsterer. 1994 bis 2011 war eine Produktivitätssteigerung von

21,4% (preisbereinigt) zu verzeichnen – eine Steigerung der Bruttolöhne aber nur um 6,1% – und der Reallöhne um lediglich 0,6%. Soviel zum „Durchschnitt“ – im untersten Zehntel sind die Einbußen mit bis zu 31% Verlust enorm. Wobei insgesamt seit 1995 der Verlust für ArbeitnehmerInnen bei Löhnen bzw. Gehältern 110 Milliarden Euro ausmacht.

Quellen: Die Arbeit, 2/11; Solidaritätswerkstatt 3/11, Heute, 15.11.11



...dafür steigen die Preise.

Waren des täglichen Bedarfs kosteten 06/2010 im Durchschnitt € 45,-, 06/2011 bereits € 51,70. Das sind satte +15%.

Quelle: arbeiterkammer.at

Top-Einkommen steigen

- Anstieg der Gehälter der ManagerInnen in 80% der 2012 bereits veröffentlichten ATX Unternehmen
- In mehr als 50% der Unternehmen sogar 13,5% bis 124%
- In diesen 16 ATX-Unternehmen: Gewinne in der Größenordnung von 3,9 Mrd. Euro und durchschnittliche Vorstandsgehälter von rund 1,3 Mio. Euro (+20%)

Quelle: arbeiterkammer.at

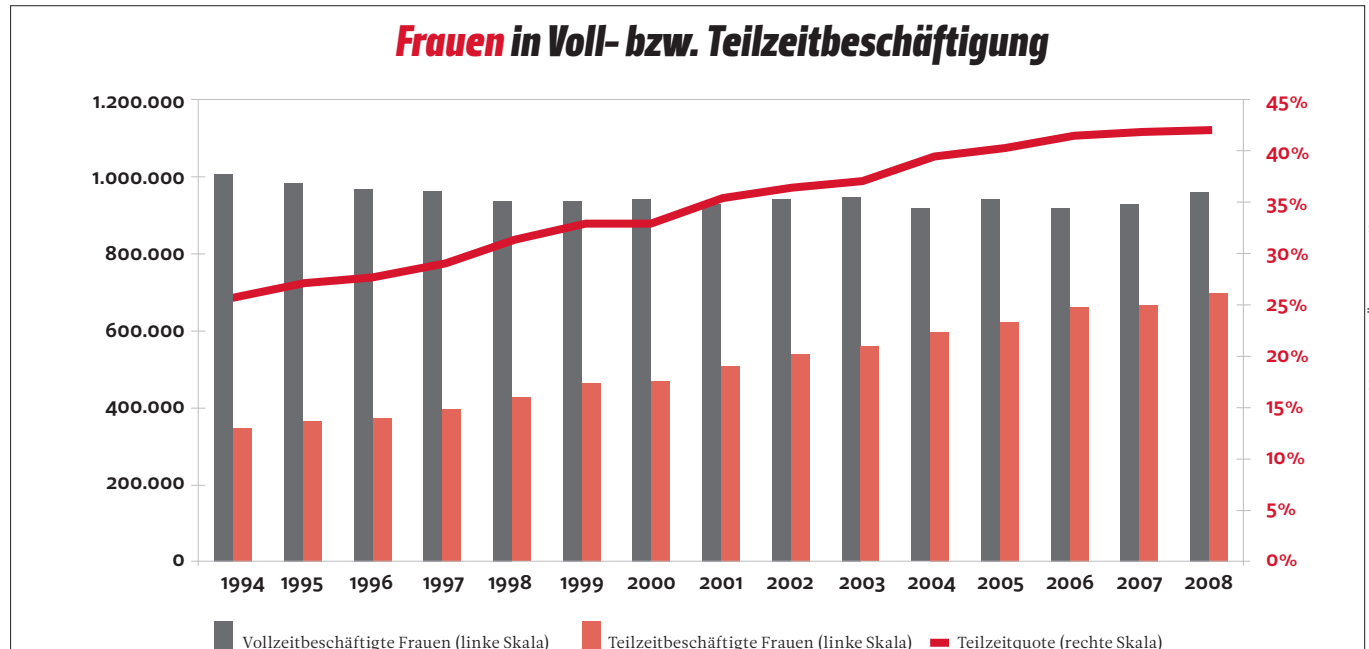
Von 1861 bis 1865 rangen die Nordstaaten den Süden der USA nieder. Es war aber nicht nur ein Krieg gegen die Sklaverei, sondern der zweier unterschiedlicher Systeme: die Sklaverei des Südens gegen den industriellen Norden. Der Sieg der Nordstaaten brachte das formale Ende der Sklaverei. Es folgten ein enormer industrieller Aufschwung und Bedarf an Arbeitskräften. Viele Flüchtlinge aus Deutschland folgten dem „amerikanischen Traum“ und endeten als moderne LohnsklavInnen in den Fabriken.

Mit der Industrie entwickelten sich auch die ersten Organisationen der ArbeiterInnenbe-

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

wegung. Ein erstes Ziel dabei war die Senkung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden. Ab dem Herbst 1885 bereitete die noch junge Gewerkschaft sich auf einen Streik am 1. Mai 1886 vor. In Chicago spitzte sich der Streik unter Führung der deutschsprachigen „Arbeiter-Zeitung“ in den folgenden Tagen zu. Die Presse forderte die Behörden auf, ein „Exempel“ zu statuieren. In diese Situation hinein explodierte am 4. Mai eine Bombe (wahrscheinlich von einem Provokateur) bei der Versammlung. Daraufhin schoss die Polizei in die Menge der Streikenden und Demonstrierenden und tötete viele von ihnen. Sofort wurden die Anführer des Streiks als vermeintliche Bombenwerfer zum Tod bzw. langen Haftstrafen verurteilt. Aus der weltweiten Solidaritätsbewegung gegen die Repression entwickelte sich der 1. Mai als Kampftag der ArbeiterInnenbewegung bis heute.

Albert Kropf



Grafik: VORWÄRTS, Quellen: Statistik Austria, BMASK

Zynismus Teilzeitfalle

Frauen, die Teilzeit arbeiten haben nicht nur geringere Löhne sondern erwarten auch eine deutlich geringere Pension, warnt Frau-

ten Vollzeitarbeitsplätzen in der Industrie zu Gunsten von schlecht bezahlten Teilzeitarbeitsplätzen im Dienstleistungssektor.

togutschriftmodell“, das im aktuellen Kürzungspaket vorgezogen wird bedeutet eine stärkere Bewertung der niedrigen

geben die mangelnde Kinderbetreuung als Grund dafür an. Dem schrittweisen Rückbau der öffentlichen Sozial- und Betreuungsleistungen folgt das Abdrängen von Frauen aus der Vollzeitarbeit in die Teilzeit.

Frauen die heute Teilzeit arbeiten erwarten eine schlechtere Pension. Daher ist die Einführung einer Mindestpension von 1.200 Euro netto dringend notwendig. Darüber hinaus muss Kinderbetreuung endlich flächendeckend für jedes Kind vorhanden sein. Und: Statt Teilzeit muss die vorhandene Arbeit auf alle verteilt werden, sprich: Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn. **Jan Rybak**

Frauenministerium „warnt“ vor Teilzeitfalle. Wir sagen: Arbeitszeitverkürzung statt Teilzeitarbeit!

enministerin Heinisch-Hosek. So weit so richtig.

843.000 Frauen waren in Österreich Ende 2011 teilzeitbeschäftigt. Das sind 44% der berufstätigen Frauen – aber nur 8,9% der Männer. Lag die Teilzeitquote 1995 noch bei 15%, arbeitet heute schon über ein Viertel der unselbständig Beschäftigten in Österreich Teilzeit. Dahinter steht v.a. der Abbau von (relativ) gut bezahl-

Die „Warnung“ vor der Teilzeit ist ein recht junges Phänomen in SPÖ-Kreisen. „Gesetzlich garantierter Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes“ hieß es im von SPÖ und Grünen 1997 initiierten Frauenvolksbegehren. 2004 stimmte man Blau-Schwarz bei der Einführung der Elternzeit zu. Das von der Regierung gelobte „Kon-

Beitragsjahre und damit real Pensionskürzungen, die insbesondere Frauen (in Teilzeit) treffen. Sich angesichts dieser Bilanz jetzt als Verteidigerin von Frauenrechten und „Warnerin“ vor der „Teilzeitfalle“ auszugeben, ist Zynismus pur.

Frauen nehmen selten freiwillig die schlechteren Bedingungen der Teilzeitarbeit hin. 54% der teilzeitbeschäftigten Frauen



ÖGB argumentiert nicht gegen sondern fürs Sparpaket

Für einfache Gewerkschaftsmitglieder bedeutet das Sparpaket Lohnkürzungen, weniger Pension, schlechtere Gesundheitsversorgung uvm. Sie sind wütend und verlangen, dass der ÖGB endlich zu kämpferischer Politik greift. Was macht die ÖGB-Führung? Nicht nur, dass sie keine Massendemonstrationen bis hin zum Generalstreik gegen das Sparpaket organisiert, sie lässt auch noch eine „Argumentationshilfe“ für das

Sparpaket erstellen. Darin heißt es: „Strukturpaket 2012–2016: Nur zweitbeste Lösung“. Die Umverteilung von Geld von ArbeiterInnen zu Banken und Konzernen ist auch nicht nur die fünftbeste Lösung, sondern ein brutaler Angriff auf die Menschen. Dass die ÖGB-Führung nicht alles tut um das Sparpaket zu verhindern, ist ein Skandal, dass sie auch noch versucht, die Kürzungen schönzureden, abstoßend. Weiter in

der „Argumentationshilfe“: „Budget muss wegen Finanz- und Wirtschaftskrise konsolidiert werden – dazu ÖGB-Bekanntnis“. Damit wird der Regierung ein Freibrief für Angriffe ausgestellt. All das zeigt, dass der ÖGB grundlegend verändert werden muss: Nicht abgehobene FunktionärInnen, sondern die Mitglieder müssen entscheiden, welchen Maßnahmen zugestimmt wird, und welche bekämpft werden. **Georg Kumer**

GdG-Oberösterreich: KollegInnen sind enttäuscht

Im Öffentlichen Dienst in Oberösterreich wird seit Februar die aktuelle „Lohnerhöhung“ mit minus 1% ausbezahlt. Das bedeutet für viele niedrig bezahlte KindergärtnerInnen, PflegerInnen etc. einen harten Angriff. Grundlage war ein Beschluss des Landtages im September 2011. Bis 5.12. hat die Gewerkschaft GdG gebraucht um eine Großdemonstration zu organisieren. Sehr viele KollegInnen fanden schon damals, dass ein Streik notwendig wäre. Dann wurde für 1.2. ein Warnstreik angesetzt – und im letzten Moment – „aufgeschoben“. Dann wurde beschlossen, ab 28.3. zu streiken, bis ein konkretes Angebot am Tisch liegt. Alles war bereit. Doch nach einem Anruf von Landeshauptmann Pühringer beim GdG-Vorsitzenden Haudum, wo er ein „ordentliches und anständiges“ Angebot versprach – wurde der Streik wieder ausgesetzt!

Die Wut war enorm, in der Betriebsversammlung im AKH war die Stimmung am Kochen! Mit einer Resolution protestierten die 200 Anwesenden „auf das Schärfste“ und erklärten „dass sich zwischen dem Streikbeschluss und dem Aussetzen des Streiks nichts entscheidend verändert hat“. Die SLP startete sofort nach dem Aus-

setzen eine Kampagne: beim AKH, beim Rathaus, im Seniorenzentrum und weiteren Plätzen in Linz. Unsere Forderungen nach Rücknahme der Lohnkürzung und einer Urabstimmung der Beschäftigten über das Verhandlungsergebnis fand rege Unterstützung. Als wir den ersten Teil der Unterschriften an Haudum & Co. übergeben meinten sie, es wären „eh alle zufrieden“ und ignorierten die Wut der meisten Beschäftigten. Am 16.4. fanden die ersten Verhandlungen statt. Konkretes gibt's aber erst beim nächsten Termin am 9.5. Die Hinhalte-Taktik geht weiter. „Super, und dann den nächsten einen Monat später, und dann zwei Monate später und dann in einem halben Jahr und dann ist eh schon alles zu spät!“, stellt eine Kollegin fest.

Wütend sind die KollegInnen nach wie vor. Nach ein paar Tagen haben wir wieder 100 Unterschriften gesammelt. Viele sind aus der GdG ausgetreten und werden noch austreten. Anstatt unsere Löhne zu verteidigen fällt die Gewerkschaftsführung um. Wir brauchen einen kämpferischen und demokratischen ÖGB und das dringend, denn uns steht 2013 eine Nulllohnrunde im Öffentlichen Dienst bevor.

Jan Millonig,
Zivildienstler im AKH Linz



„Cut“ für kasachisches Regime

Zwischen 26. und 29. März fanden im Wiener Burgkino die kasachischen Filmtage statt. Getarnt als Charity-Aktion für krebs-

santInnen auf die Lage in Kasachstan aufmerksam zu machen. Nur die Wenigsten wissen Bescheid, nachdem die Situation der

man ja der kasachischen Kultur Raum bieten. Näheres war ihm bisher nicht klar. Als die Polizei dann ankam, musste er sie wie-

SLP organisiert Proteste bei den kasachischen Filmtagen in Wien

krankte Kinder in Semey wurde Regierungspropaganda betrieben. Gleichzeitig werden in Kasachstan friedliche Streiks blutig niedergeschlagen, Oppositionelle werden verhaftet, darunter auch ein bekannter Schauspieler.

Das alles war Anlass genug für die SLP, um eine Aktion zu starten. Gemeinsam verteilten wir vor und im Burgkino Flyer, um BesucherInnen & Pas-

kasachischen ArbeiterInnen und die Morde durch das Regime in den Medien totgeschwiegen werden.

Nach nur wenigen Minuten wurden die beiden SLPler, die sich im Burgkino befanden vom dortigen Geschäftsführer rausgeschmissen. Gleich wurde auch die Polizei alarmiert. Ihm schienen die Filmtage eine nette Aktion zu sein, und gleichzeitig könnte

der wegschicken, da er bei den Diskussionen mit den SLPlerInnen nicht wusste, wie er die Filmtage noch „verteidigen“ könnte.

Den Schluss bildete Genossin & Sängerin Laura Rafetseder mit ihrem dazu passenden Song „Ballad of Zhanaozen“.

Sedef Yavuz

Infos auf
www.campaignkazakhstan.org
Song auf Youtube



Foto: Christina Schröder

Bleiberecht muss politisch erkämpft werden!

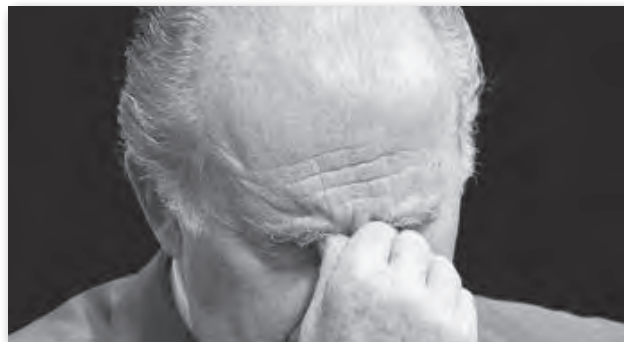
Im Dezember 2011 hätte Ousmane C. nach Guinea abgeschoben werden sollen. Nur durch eine Kampagne, initiiert von der SLP, und Ousmanes eigenen Protest, konnte diese in letzter Minute verhindert werden. Wie jetzt – mehr als ein Jahr später – der Verfassungsgerichtshof entschieden, wäre die Abschiebung rechtswidrig gewesen. Ousmane wurde zu Unrecht ein Asylverfahren verweigert, der Asylgerichtshof hat „willkürlich“ gehandelt. Diese

Entscheidung ist ein Erfolg in der Kampagne für Ousmanes Bleiberecht. Doch hätte Ousmane auf dieses Urteil gewartet, wäre er längst nach Guinea abgeschoben worden – ein Land, wo ihn der sichere Tod erwartet. Das zeigt wieder, dass Recht auf der Straße erkämpft werden muss – auf Staat oder Gerichte können wir nicht warten!

Maria Hörtnner

Spendenkonto:
50.312.063.827 (BLZ 12000)

Fundstück des Monats



Der König und das liebe Vieh Sich bei der Elefantenjagd zu verletzen, ist für WWF-Ehrenpräsidenten und König Spaniens, Juan Carlos, ungünstig. Aussagen, dass ihm 50% Jugendarbeitslosigkeit den Schlaf rauben, wirken dann eher unglaubwürdig. Er goss damit Öl ins Feuer der Bevölkerung, die gegen die brutale Sparpolitik der Regierung kämpft.

Der Muttertag stellt heute eher eine Verhöhnung als eine Würdigung für all jene dar, die von der dreifachen Belastung der kapitalistischen Ausbeutung durch Lohnarbeit, unbezahlte Hausarbeit und Kinderbetreuung betroffen sind. Heuchlerisch ist daher auch die Aussage von SPÖ-Frauenministerin Heinisch-Hosek, der Muttertag sei „überholt und konservativ“. Schließlich ist sie selbst Teil der Regierung und hat bisher all die unsozialen Maßnahmen gegen Frauen mitbeschlossen.

Dass der Muttertag eine Erfindung des deutschen Blumenhandels gewesen sei oder erst unter Hitler zum Fei-

Rote Seitenblicke

ertag wurde, ist hingegen ein Mythos. Tatsache ist, dass der Muttertag im Deutschland der Zwischenkriegszeit in allen politischen Lagern der Weimarer Republik weit verbreitet war. „Gebärfreudige Mütter“ wurden in den 1920er und 30er Jahren auf Grund der niedrigen Geburtenrate in ganz Europa geehrt; meist mit einer völkischen, also nationalistischen und rassistischen Rhetorik versehen. Auf dieser Welle konnten sowohl Floristenverband als auch NS-Regime mitschwimmen.

In Österreich wurde der Muttertag auf Betreiben der Frauenrechtlerin und Friedensaktivistin Marianne Hainisch 1924 zum Feiertag – also lange vor der Machtergreifung der Nazis 1938. In den USA ist der Muttertag seit 1914 nationaler Feiertag. Er ist zwar eine „bürgerliche“ Erfindung, doch mit einer ursprünglich stark proletarischen, antimilitaristischen und feministischen Note. Davon ist heute nichts übrig geblieben... **Pablo Hörtner**



Fans gegen Fußballverband

In den vergangenen Monaten gab es eine Serie von Kollektivstrafen gegen Fußballfanszenen durch den deutschen Fußballverband DFB. Aktionen

fen und durch Sitzplätze zu ersetzen. So würde das englische Modell eingeführt. Dort kosten Premier League Spiele mindestens 30 Pfund (37.- Euro) Eintritt.

Der Grund für das Auswärtsverbot für die Eintracht Frankfurt Fans war das Abbrennen von Pyrotechnik bei einem früheren Spiel. Das ist in

bot geglaubt hatten und über Monate auf Pyrotechnik verzichteten, um ihre Ernsthaftigkeit zu unterstreichen, fühlten sich verarscht. Seitdem „brennt“ es in deutschen Stadien mehr als zuvor.

Gelebte Fansolidarität setzt Fußballverband in Deutschland unter Druck

einzelner wurden mit sogenannten „Geisterspielen“ bestraft, wo Fans eines Vereins nicht zum Auswärtsspiel ihres Vereins fahren dürfen.

Ziel des DFB ist, die Stadien im Interesse einer noch größeren kommerziellen Nutzung von „unliebsamen Elementen“ zu säubern. Einige Funktionäre schlugen vor, die billigen Stehplätze in Stadien ganz abzuschaf-

Im Fall des Spieles Erster FC Union Berlin gegen Eintracht Frankfurt ging die Kollektivstrafe ins Leere. Der Gästeblock des Stadions war gefüllt mit rund 1.000 Eintracht Fans, die laut DFB gar nicht hätten dort sein dürfen. Sie waren durch Mithilfe von Union Fans ins Stadion gelangt. Das Spiel geriet zu einer Demonstration gegen den DFB.

Deutschland verboten, für viele Fußballfans aber ein unverzichtbarer Bestandteil von Fankultur. Über Monate hatten viele Fangruppierungen versucht, einen Dialog mit dem DFB zustande zu kriegen. Der sagte zunächst Gesprächen zu, blockte aber rasch wieder ab. Eine ernsthafte Diskussion scheiterte am Verband. Fangruppen, die an das Gesprächsange-

Auch in Österreich ist das Thema. Vor kurzem hielt die Polizei sieben Busse von Wacker Innsbruck Fans stundenlang fest. Der Zugang zum Spiel wurde ihnen verwehrt. Die Begründung: Man suchte nach pyrotechnischem Material. Fans wehren sich vermehrt gegen solch undemokratisches Vorgehen. Für effektiven Widerstand braucht es aber auch eine politische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus im Sport.

Christian Bunke

Urheberrecht: Musikindustrie enteignen!

„Home Taping Is Killing Music“ – drohte die britische Musikindustrie in den 80ern gegen Raubkopien. Die Angst der Musikindustrie um ihre Profite kommt bei jeder technischen Neuerung wieder. HörerInnen bzw. KünstlerInnen werden entweder verteufelt oder instrumentalisiert.

Ausdruck dafür ist das Urheberrecht, auf das die Musikindustrie pocht. Die wenigsten KünstlerInnen sind wirklich im vollen Besitz ihrer Verwertungs-

rechte – der größte Teil liegt bei den Musikkonzernen. Auch wenn heute vereinzelt KünstlerInnen bessere Bedingungen vorfinden – wirtschaftliches Interesse am Urheberrecht haben in erster Linie die Konzerne selbst.

In einer sozialistischen Gesellschaft wäre die Trennung „KünstlerInnen – Rest“ aufgehoben. Denn dann hätten alle – durch radikale Arbeitszeitverkürzung, freien Zugang zu Equipment, Instrumen-

ten etc. und freien Zugang zu Kultur – die Möglichkeit aktiv und passiv teilzunehmen. Dann wäre auch das Urheberrecht überflüssig – das ja nur die Profite der Musikindustrie schützt.

Das Urheberrecht verschlei-ert, dass schon jetzt individuell Werke auf einer Vielzahl von Einflüssen basieren. In dem Sinne wäre Musik dann ein viel lebendigerer, interaktiverer, kollektiverer Prozess.

Laura Rafetseder



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Höchste Zeit für eine neue Partei!

Korruptionsskandale, Sparpaket und „Schuldenbremse“ auf der einen Seite – Parlamentsparteien die sich kaum unterscheiden auf der anderen. Kaum jemand wählt noch „für“ eine Partei, viele aber „gegen“ oder das „kleinere Übel“. Der Wunsch nach einer neuen

Projekten, dass sie kaum ein Programm haben. Die Piraten haben selbst in ihren Kernthemen außer allgemeinen Überschriften wenige Gemeinsamkeiten. Sie sind zwar gegen Acta, das ein noch härteres Patentrecht bedeutet. Sie sind aber auch nicht gegen

ge erhöht werden! In Innsbruck wird sich rasch zeigen, wie die Piraten in der Praxis agieren.

Was sich super-demokratisch anhört, ist es in der Praxis nicht. Entschieden wird durch jene, die am meisten Zeit im Netz verbringen (können). Letztlich

kein Zufall, dass die Medien die verschiedenen Projekte so hypen: sind sie doch allesamt nicht wirklich gefährlich fürs Establishment. Sie mögen zwar manchen FunktionärInnen den Posten wegnehmen, aber sie haben keine wirklich anderen Konzepte wie in der Krise zu agieren ist. Soziale Fragen spielen bei ihnen kaum eine Rolle. Wenn sie in politische Positionen kommen, werden sie sich sehr rasch den angeblichen „Sachzwängen“ beugen.

Doch international gibt noch ganz andere Neugründungen: Linke Parteien sind in der letzten Periode in Italien, Spanien, Deutschland, Frankreich, Griechenland... entstanden. Manche sind gescheitert, manche sind Teil der Bewegungen und Kämpfe gegen die Kürzungspolitik. Die deutsche Linkspartei – und nicht die Piraten – sind der

Grund dafür, dass es dort keine starke rechtsextreme Partei wie die FPÖ gibt.

Die SLP tritt seit Jahren für den Aufbau einer solchen neuen ArbeiterInnen-Partei auf. Einer Partei nicht nur zum Wählen, sondern v.a. auch zum mitmachen. Wenn es so eine Partei gibt, dann können z.B. Proteste wie jene rund um die Plattform 25 in der Steiermark Sozialabbau erfolgreich zurückschlagen. Demokratiefragen sind sehr wichtig – und müssen in Verbindung mit sozialen Fragen gesehen werden. Echte Demokratie kann es nur geben, wo es keine soziale Ungleichheit gibt. Eine wirklich neue Partei, muss daher sozialistische Antworten auf die Krise geben, sich gegen jede Form von Rassismus & Sexismus stellen und Demokratie in der echten, und nicht nur der virtuellen Welt umsetzen.

Sonja Grusch

*Der Wunsch nach einer neuen Partei ist groß –
wirklich gebraucht wird eine ArbeiterInnenpartei!*

Partei ist groß – wirklich gebraucht wird eine neue ArbeiterInnenpartei!

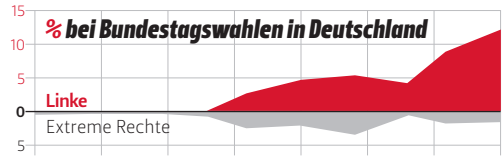
Es gibt eine Reihe von Ideen und Projekte, die meisten werden über die Idee nicht hinaus kommen, manche werden eine gewisse Medienaufmerksamkeit haben, manche sogar einige Erfolge bei Wahlen erzielen. Doch um dauerhaft eine Alternative zu den etablierten Parteien anzubieten, braucht es mehr. Gemein ist allen

das Patentrecht an sich. Bei Onlinepartei OPÖ und partei2null sollen Positionen zu zentralen Fragen durch Onlineabstimmungen entschieden werden. Aber: Die Berliner Piraten haben zwar über diese „liquid democracy“ mehrheitlich gegen eine Erhöhung der Abgeordnetenbezüge gestimmt, die Abgeordneten selbst haben dann aber im Abgeordnetenhaus mehrheitlich dafür gestimmt, dass ihre eigenen Bezü-

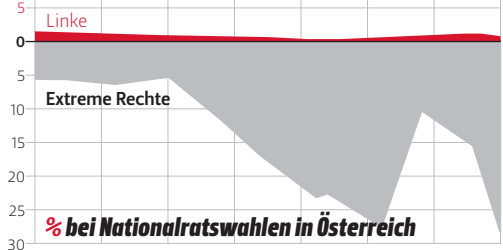
sind die meisten dieser Parteien nur modernere Spielarten einer Liberalen Partei. Keine davon ist „ideologiefrei“, sondern sie stehen alle mit beiden Beinen fest am Boden des Kapitalismus. Das erinnert an die Entwicklung der Grünen.

Was es tatsächlich braucht, ist eine Partei der ArbeiterInnen – Menschen die auf einen Job bzw. Sozialleistungen angewiesen und in der Krise am härtesten getroffen sind. Es ist

Starke Linke bremst Rechtsextreme auch auf der Wahlebene aus



Deutschland 1974 1979 1984 1989 1994 1999 2004 2009
Österreich 1973 1978 1983 1988 1993 1998 2003 2008



% der gültigen Stimmen bei Nationalrats- bzw. Bundestagswahlen.
Ö: KPÖ/FPÖ, D: LINKE/DVU+REP+NPD, Quelle: slp.at/q208

Aus den internationalen Erfahrungen lernen

- **P-SOL, Brasilien** Aus dem Protest gegen Lulas Politik entstand 2004 die P-SOL. 2006 erhielt ihre Kandidatin sieben Millionen Stimmen. Doch sie setzte verstärkt auf ein reformistisches Programm um gewisse Schichten „nicht abzuschrecken“. Das ist ein Grund für die Probleme der P-SOL, da sie so keine Antworten auf die sozialen Probleme hat.
- **Bloco de Esquerda, Portugal** Der Linksblock entstand 1999 aus vier Parteien und hat 16 Parlaments- sowie drei EU-Abgeordnete. In der Krise stimmten diese aber für die EU-Politik. Sie sehen sich als linke BeraterInnen einer sozialdemokratischen Regierung. In Umfragen sank er von 10 % (2009) auf 4% (2011).
- **NPA, Frankreich** 2009 startete die NPA mit 9.000 Mitgliedern in 467 lokalen Komitees. Doch die NPA hat AktivistInnen und Unterstützung verloren weil sie sich v.a. auf die Wahlebene konzentriert und nicht aktiver Teil der Bewegungen ist.
- **SSP, Schottland** In den 1990er trat das CWI für die Gründung einer breiteren Partei in Schottland ein. Wir wollten unsere Organisation als organisierte Kraft innerhalb der SSP aufrechterhalten und für marxistische

- Ideen auftreten. Doch die Mehrheit entschied die eigene Organisation in die SSP aufzulösen. Nach einem guten Start entfernte sie sich rasch von einem sozialistischen Programm, zerfleischte sich in internen Machtkämpfen und wurde marginalisiert.
- **SYRIZA, Griechenland** Es toben Streiks und Generalstreiks. Die Krise der Linken betrifft auch das Linksbündnis SYRIZA. 2004 erzielt sie sechs Mandate. Doch ihre Antworten auf die Krise sind mangelhaft: Schulden-Neuverhandlung, Euro-Anleihen und Stärkung eines öffentlichen Anteils im Bankenwesen. Damit hinkt sie der Stimmung der Massen hinterher und verliert an Unterstützung.
- **ULA, Republik Irland** Die SLP-Schwesterpartei Socialist Party ist die stärkste linke Kraft und Initiatorin der „ULA“, die neben der SP unabhängige Initiativen sowie die Schwesterpartei der „Linkswende“ umfasst. 2011 zog die ULA mit fünf Abgeordneten ins Parlament ein, darunter zwei der SP. Die ULA wird in den aktuellen Kämpfen noch getestet – und für gut befunden oder durch etwas Besseres ersetzt – werden.

Der Weg zu einer ArbeiterInnenpartei

In Österreich gibt es keine Partei, die die Interessen von ArbeiterInnen und ihren Familien vertritt. Die SPÖ war lange eine ArbeiterInnen-Partei. Heute ist sie eine bürgerliche Partei die neoliberale Politik betreibt. Früher haben große Teile der ArbeiterInnenklasse sie als „ihre Partei“ gesehen. Bewegungen haben sich in der SPÖ widerspiegelt, ihren Kurs und ihre Politik mitbestimmt. Daran ist nur die Erinnerung geblieben. Die Mit-

Alternative gibt, die den Unmut aufgreift und Widerstand organisiert, gibt es mit der FPÖ in Österreich eine der stärksten rechtsextremen Parteien Europas. Während Österreich bei der Entwicklung des Rechts- extremismus ganz vorne ist, hinken wir was die Entstehung einer neuen ArbeiterInnenpartei angeht hinterher. Neue linke Parteien haben sich in vielen Ländern gegrün-

lige SPD-GewerkschafterInnen) und PDS (Nachfolgerin der ehemaligen DDR-Staatspartei). Der Formierungsprozess verlief in den einzelnen Fällen auf sehr unterschiedliche Arten. Niemals war es nur eine Kopfentscheidung einiger „schlauer Menschen“, die auf dem Reißbrett entstanden wäre. Im Gegenteil stand die Entstehung in Zusammenhang mit Bewegungen in der Gesellschaft. In Deutschland z.B. waren die Proteste gegen Hartz IV ein wichtiger Turbo für die Formation der Linken.

Auch in Österreich werden Klassenkämpfe, soziale Bewegungen, Proteste gegen den Rassismus der FPÖ von zentraler Bedeutung in diesem Neuformierungsprozess sein. Wichtig dabei sind die Entwicklungen in den Gewerkschaften: Echte Gewerkschaftspolitik kann heute eigentlich nur mehr gegen die SPÖ (und die anderen bürgerlichen Parteien) funktionieren. Die Fragen darüber, welche Gewerkschaft wir wollen, nach einer kämpferischeren Politik, nach demokratischen Strukturen wird ein wichtiger Bestandteil im Formationsprozess in Österreich sein.

Auch die Entwicklung von Klassenkämpfen, von Klassenbewusstsein und Protesten gegen die andauernde Kürzungspolitik, ist wichtig in diesem Neuformierungsprozess. Viele Menschen wollen sich wehren, sie suchen nicht nur eine Wahlalternative sondern auch einen Rahmen zum aktiv werden. Es wird nicht reichen, wenn eine prominente Person einen Aufruf startet. Politik wird nicht von Promis gemacht, sondern von vielen Menschen, die

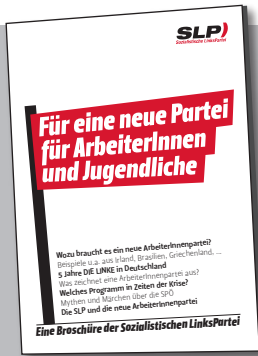
Die ArbeiterInnenklasse hat durch die Verbürgerlichung der SPÖ keine Partei mehr.

gliedern sind zusammengebrochen. Aktives Parteileben gibt es kaum. Programmatisch betreibt die SPÖ neoliberale Sachzwangspolitik. Die SLP hat schon in den 1990er Jahren analysiert, dass die SPÖ „verbürgerlicht“ ist. Zwar gibt es noch eine Schicht älterer ArbeiterInnen die von „ihrer Partei“ reden. Enthusiasmus ist nie dabei, sondern Frust, Enttäuschung und Resignation. Jüngere kennen die SPÖ nur als eine Partei von Privatisierung, Sozialabbau und rassistischen Gesetzen. Die SPÖ wird höchstens in Ermangelung einer Alternative als das „kleinere Übel“ gewählt. Die herrschende Klasse hat mehrere Parteien, die ihre Interessen vertreten – die ArbeiterInnenklasse hat keine einzige. Das hat dramatische Auswirkungen: Es gab in den letzten 20 Jahren eine straff neoliberale Politik. Die Angriffe haben ohne großen Widerstand in hohem Tempo den Sozialstaat zerschlagen. Weil es keine linke

det, haben kandidiert und teilweise gut abgeschnitten. In Deutschland ist die Existenz der Partei Die Linke der Hauptgrund dafür, dass die extreme Rechte weit schwächer ist als in Österreich. Diese neuen Formationen – in Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien... – sind nicht über Nacht entstanden und ihre Entwicklung verlief nicht reibungslos. Sie haben viele Fehler gemacht, wurden in Folge wieder geschwächt. Doch aus diesen Entwicklungen können wir für den Prozess in Österreich viel lernen.

Die erste dieser Formationen war die 1991 gegründete PRC in Italien – sie entstand im Wesentlichen aus der Spaltung der Kommunistischen Partei Italiens. Andere dieser neuen Formationen entstanden aus dem Zusammenschluss existierender Parteien, wie der Linksblock in Portugal. Die deutsche Linke war das Ergebnis einer Fusion zwischen WASG (ehema-

neuen Partei für d Jugendliche



Wozu braucht es ein neue ArbeiterInnenpartei? Beispiele u.a. aus Irland, Brasilien, Griechenland, ... **5 Jahre DIE LINKE in Deutschland** Was zeichnet eine ArbeiterInnenpartei aus? **Welches Programm in Zeiten der Krise?** Mythen und Märchen über die SPÖ **Die SLP und die neue ArbeiterInnenpartei**

€ 5,- inkl. Porto
Broschüre, 36 Seiten, DIN A5, geheftet
Bestellungen auf www.slp.at

sich für ein gemeinsames Ziel zusammenschließen. Prominente können eine gewisse Öffentlich-

deräten gemacht. Die zentralen politischen Fragen werden durch Bewegungen in den Betrieben und

bei nationalen und internationalen Banken nicht zu bezahlen. Eine neue Formation darf sich daher

Eine neue Partei muss demokratisch und kämpferisch sein und braucht ein sozialistisches Programm!

keit und einen Kristallisationspunkt schaffen – aber niemals ein Ersatz für die Bewegungen sein. Bewegungen wie jene gegen Acta, gegen die Vorratsdatenspeicherung, gegen den Demokratieabbau können ein wichtiger Teil in so einem Formierungsprozess sein. Auch den Protesten gegen Abschiebungen und rassistische Politik kommt gerade in Österreich, mit einer starken FPÖ und aggressivem staatlichen Rassismus, eine zentrale Rolle zu.

Aus den internationalen Erfahrungen können wir viel lernen:

1) Eine neue Formation muss aktiv und kämpferisch sein. Sie beschränkt sich nicht aufs Kommentieren, sondern greift in Kämpfe ein bzw. initiiert diese auch. Viele der neuen Formationen machen den Fehler, dass sie sich auf Wahlen und Kandidaturen beschränken. Die Wahlebene ist wichtig. Doch Politik wird eben nicht nur in Parlamenten oder Landtagen/Gemein-

auf der Straße entschieden. Eine neue Formation, die neben den real stattfindenden Kämpfen steht und nicht Teil davon ist, wird eine Randerscheinung bleiben.

2) Eine neue Formation braucht demokratische Strukturen, in sich denen Individuen ebenso wie existierende Organisationen einbringen können. Wir schlagen Strukturen vor, bei denen gewählte VertreterInnen jederzeit auch wieder abgewählt werden können und umfassend Rechenschaft abgeben müssen. Wir lehnen jede Form von Privilegien ab: Beschäftigte oder MandatarInnen einer Partei sollten nicht mehr verdienen, als ein Durchschnittsgehalt.

3) Das Programm ist von zentraler Bedeutung. Es reicht nicht, die Banken zu „retten“, also ihnen unser Geld zu geben damit sie weitermachen können wie bisher. Es ist auch kein Naturgesetz, dass „wir“ die Schulden zahlen „müssen“. Richtiger ist es vielmehr, diese Schulden

nicht auf eine Kritik kapitalistischer Auswüchse beschränken, sondern muss den Kapitalismus an sich in Frage stellen. Bleibt sie in der kapitalistischen Logik verhaftet, findet sie sich rasch bei der Legitimierung von Sozialabbau wieder.

Auch wenn der Formierungsprozess einer neuen ArbeiterInnen-Partei nicht nur vom Willen der AkteurInnen abhängt können wir doch viel tun: Die Idee für eine neue ArbeiterInnen-Partei verbreiten. Soziale Bewegungen und Arbeitskämpfe unterstützen und initiieren. Den Kampf in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurs und demokratische Strukturen führen. Ein sozialistisches Programm für die aktuellen Probleme entwickeln. Und aus den internationalen Entwicklungen lernen. Also die Grundlagen vorbereiten für den Formierungsprozess einer neuen ArbeiterInnen-Partei.

Sonja Grusch



Marx aktuell

Der Begriff „ArbeiterInnenpartei“ führt immer wieder zu Missverständnissen. Im marxistischen Sinne zählen alle zur ArbeiterInnenklasse, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Also alle, die abhängig beschäftigt sind, sowie alle die es einmal sein werden oder waren. Das umfasst auch die meisten SchülerInnen und Studierende, sowie Erwerbslose und PensionistInnen. Damit ist auch klar, dass es noch eine ArbeiterInnenklasse gibt, auch wenn diese sich selber zur Zeit nicht unbedingt als „eine Klasse“ sieht. Das hängt auch damit zusammen, dass es eben keine Partei gibt, die die Interessen der ArbeiterInnen als Klasse vertritt.

Der Klassencharakter einer Partei ist von einer Reihe von Faktoren bestimmt, die in ihrer Gesamtheit, ihrer Wechselwirkung und in ihrer Entwicklung be-

Was ist eine ArbeiterInnenpartei – und was reicht nicht?

trachtet werden müssen. Berücksichtigt werden muss Geschichte und Tradition, ihr Programm, ihre Politik, ihre Mitglieder-, FunktionärInnen- und WählerInnenbasis, ihre Verbindung zu den Gewerkschaften und nicht zuletzt, wie sie von der ArbeiterInnenklasse selbst gesehen wird. Die FPÖ mag zwar von ArbeiterInnen gewählt werden, aber ihre Mitglieder und FunktionärInnen sind in erster Linie UnternehmerInnen, aus der Mittelschicht oder aus sozial deklassierten Schichten. Sie hat keine Massenbasis in der ArbeiterInnenklasse was ihre Mitgliedschaft betrifft und sie betreibt Politik gegen ArbeiterInnen. Auch bürgerliche Parteien sind auf die Stimmen von ArbeiterInnen angewiesen – weil die ArbeiterInnenklasse heute die Mehrheit der WählerInnenschaft stellt. Das alleine macht sie aber noch nicht zu ArbeiterInnenparteien.

Die SPÖ zwar hat eine besondere Geschichte, weil sie als ArbeiterInnen-Massenpartei aus der ArbeiterInnenbewegung entstanden ist. Aber heute sind ihre Sektionen leer und überaltert, und eine SPÖ-Regierung setzt Politik gegen die ArbeiterInnenklasse um. Vor allem wird sie von den ArbeiterInnen nicht mehr als ihre Partei gesehen. Der Gewerkschaftseinfluss ist in den 1990er Jahren immer mehr zurückgedrängt worden, dafür wirkt die Verbindung zur SPÖ für die Gewerkschaften wie eine Fessel im Kampf. Auch der Gewerkschaftseinfluss der US-Demokraten alleine macht diese noch nicht zu einer ArbeiterInnenpartei. Es reicht eben nicht nur ein Faktor zur Charakterisierung.

Friedrich Engels erklärte 1881 in dem Artikel „Eine Arbeiterpartei“ „warum die ArbeiterInnenklasse eine eigene Vertretung braucht und warum bürgerliche Parteien nicht die Interessen der ArbeiterInnen vertreten können:

„Konservative, Liberale, Radikale – sie alle vertreten nur die Interessen der herrschenden Klassen und die verschiedenen Schattierungen der Ansichten, die unter den Grundbesitzern, Kapitalisten und Kleinhändlern vorherrschen. Wenn sie die Arbeiterklasse vertreten, vertreten sie sie ganz bestimmt falsch und schlecht. Die Arbeiterklasse hat, politisch wie sozial, ihre eigenen Interessen. Wie sie für das eintritt, was sie als ihre sozialen Interessen betrachtet, das zeigt die Geschichte der Trade-Unions und der Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit...(Aber) seit nahezu einem Vierteljahrhundert hat sich die Arbeiterklasse Englands damit begnügt, sozusagen das Anhängsel der „Großen Liberalen Partei“ zu bilden.“

Laura Rafetseder



Eine doppelte Aufgabe für SozialistInnen von heute

Die SLP hat heute eine „doppelte Aufgabe“: der Aufbau einer revolutionären Partei, der SLP, und der Aufbau einer neuen ArbeiterInnen-Partei. Zweiteres werden wir nicht alleine bewerkstelligen.

bunden und auf eine höhere Stufe gestellt hätte.

Wir wissen heute nicht, wie die neue Formation, die auch in Österreich entstehen wird, aussieht, welche Kräfte darin sein werden, wie sie sich entwickeln wird. Die SLP wird

Wir sind aber auch überzeugt, dass eine solche neue Partei letztlich die Überwindung des Kapitalismus als Ziel haben muss um gerade aktuell in Zeiten der Krise, wo der Raum für reformistische Versuche immer en-

onen ein ganz konkretes sozialistisches Programm haben, eine sozialistische Perspektive und eine revolutionäre Strategie. Denn für die Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft braucht es eine revolutionäre Umwälzung. Eine solche Umwälzung ist jedoch nur möglich, wenn eine revolutionäre ArbeiterInnen-Partei existiert, die die Unterstützung der breiten Mehrheit der ArbeiterInnen hinter sich hat.

ter wir in Betrieben und Stadtvierteln sind, desto erfolgreicher können wir dafür kämpfen, dass neue politische Formationen zu revolutionären sozialistischen ArbeiterInnenparteien werden.

Die SLP lebt von der Aktivität ihrer Mitglieder. Wir haben keinen großen bürokratischen Apparat. Wir sind finanziell unabhängig. Wir finanzieren uns allein durch Mitgliedsbeiträge und Spenden. Wir sind stolz darauf, eine sozialistische Monatszeitung zu produzieren, mit der wir in Demonstrationen, Streiks und andere Kämpfe intervenieren können. Diese Zeitung wird nicht von bezahlten JournalistInnen, sondern von normalen Menschen geschrieben, die selber an Kämpfen beteiligt sind. Eine sozialistische Gesellschaft kann nur international erkämpft werden, deshalb sind wir Teil einer internationalen marxistischen Organisation: Dem Komitee für eine ArbeiterInneninternationale, das auch international für den Aufbau neuer ArbeiterInnen-Parteien kämpft.

Christian Bunke

Die SLP und eine neue ArbeiterInnenpartei aufbauen: Wie passt das zusammen?

Wir sind davon überzeugt, dass schon die pure Existenz einer neuen ArbeiterInnen-Partei ein Fortschritt für die ArbeiterInnenklasse ist. In den letzten Jahren gab es verschiedene Klassenkämpfe und soziale Bewegungen in Österreich: Streiks gegen die Pensionsreform 2003, Proteste gegen die Spitalsreform in Oberösterreich und in der Steiermark gegen das Sparpaket 2011, der wachsende Widerstand gegen die unmenschliche Abschiebepolitik und die Hetze der FPÖ. All diese Bewegungen hätten wesentlich größere Erfolge erzielen können, wenn sie einen politischen Bündnispartner gehabt hätten, eine ArbeiterInnen-Partei die diese Kämpfe auch ver-

sich an diesem Prozess auf jeden Fall beteiligen.

MarxistInnen sind keine unbeteiligten KommentatorInnen am Straßenrand, sondern kämpfen aktiv für den Erfolg jeder Bewegung und jedes Streiks. Darum ist unser Kampf für eine revolutionäre Veränderung immer mit den tagesaktuellen Kämpfen verbunden. Nur so können wir Menschen von der Richtigkeit unserer Methoden überzeugen. Es wird in einer solchen neuen Partei Debatten über Programm und Strategie geben. Wir treten für eine revolutionäre sozialistische Ausrichtung ein- und versuchen unsere MitstreiterInnen in den konkreten Kampagnen wie auch in grundsätzlichen Diskussionen davon zu überzeugen.

ger wird, eine echte Alternative zu sein. Dafür muss sie aktiv kämpfen, das Ziel darf nicht zu bloßen Sonntagsreden verkommen. Damit eine neue ArbeiterInnenpartei ein solches Programm hat und unter dem enormen Druck auch beibehält, brauchen neue politische Formationen ein marxistisches Rückgrat. Beispiele wie die NPA und die SSP zeigen, dass das Fehlen eines solchen Rückgrats rasch zur Verwässerung des Programms führt. Wir sehen unsere Aufgabe als SLP nicht nur darin, eine solche neue ArbeiterInnen-Partei (mit) aufzubauen, sondern auch darin, dieses Rückgrat zu stellen und aufzubauen. Wir kämpfen auch dafür, dass die neuen Formati-

Die SLP ist diese neue ArbeiterInnen-Partei nicht – auch wenn wir die entschlossensten und engagiertesten KämpferInnen FÜR diese neue Formation sind. Wir möchten alle, die mit uns übereinstimmen einladen, der SLP beizutreten. Komm zu einer unserer Ortsgruppen und beteilige Dich an Diskussionen. Nimm an unseren Aktionen teil. Die SLP ist die einzige Organisation in Österreich, die die Forderung nach einer neuen ArbeiterInnenpartei konsequent vertritt. Je mehr aktive Mitglieder wir haben, desto mehr können wir dieser Forderung Gehör verschaffen. Je stärker wir sind, je verwurzel-

Studierende in Québec wehren sich

Am 22. März gingen in Montreal, Kanada, über 200.000 Studierende gegen eine Erhöhung der Studiengebühren, beantragt von der liberalen Regierung unter Jean Charrest, auf die Straße. Die geplante Erhöhung beläuft sich auf satte 75%. Sie würde Studierende aus ArbeiterInnenfamilien (die ihr Studium heute bereits mit durchschnittlich knapp 11.000 Euro Schulden beenden) hart treffen, wenn nicht sogar zur Gänze vom Zugang zur Universität abschneiden. Laut einem Flugblatt der Alternative Socialiste (CWI in Quebec) befinden sich derzeit über 215.000 StudentInnen auf unbestimmte Dauer im Generalstreik. Die Regierung argumentiert, dass hinreichende finanzielle Mittel für die Bildung fehlen würden, weswegen die Studierenden dieses Defizit durch Gebühren ausgleichen müssten. Sie verliert allerdings kein Wort über UniversitätsrektorInnen, die zum Teil Gehälter jenseits der 230.000 Euro im Jahr beziehen. Sie unternimmt auch nichts gegen die Steuerhinterziehung, durch die dem Staat durchschnittlich fast zwei Milliarden Euro jährlich verloren gehen.

Es gab mehrere Versuche von Seiten der Regierung, die streikenden Studen-

tInnen in Misskredit zu bringen. Sie würden „ihren Beitrag an der Gesellschaft nicht leisten“ und wären daher im Unrecht. Hinter den Kulissen zeigt sich jedoch, dass mit allen Mitteln versucht wird, die DemonstrantInnen einzuschüchtern. So kam Pfefferspray gegen friedliche DemonstrantInnen zum Einsatz, im Stadtzentrum von Montreal wurden die Streikenden von der Polizei sogar mit Granaten beworfen, wobei Francis Grenier, ein Student, schwer verletzt wurde. All diesen Einschüchterungsversuchen des Staatsapparates zum Trotz bleiben die StudentInnen standhaft. Ein Sieg der DemonstrantInnen und ein Nachgeben des Staates wäre ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der StudentInnenbewegungen von Québec. Schon zwei Mal (1996 und 2005) war die Regierung gezwungen, die geplanten Erhöhungen der Studiengebühren aufgrund von Protesten zurückzuziehen. Die StudentInnenbewegung in Quebec ist ein großartiges Beispiel dafür, wie Massenproteste gegen staatliche Repression, Kürzungen und Gebühren aussehen können und sollte hierzulande ebenfalls zur Aktivität anregen.

Max Grois



Legalize! Aber wie?

Seit 1961 ist der Konsum & Besitz von Marihuana praktisch weltweit verboten. Dahinter stecken

Initiative in der UNO Hanf mit Opiaten gleichgestellt. Später gab er zu, dass seine Kampagnen gegen Marihu-

immer mehr Menschen unter Druck und betäuben sich. Werbungen fördern diesen Trend und gehö-

Durch Perspektivlosigkeit werden Drogen im Kapitalismus vom Genuss- zum Suchtmittel

wirtschaftliche Interessen: Harry J. Anslinger, Kopf des „Federal Bureau Of Narcotics“ & Lobbyist des Chemiekonzerns „DuPont“ begann in den 30er Jahren eine rassistische Hetzkampagne gegen die „mexikanische Mörderdroge Marihuana“. 1937 wurde das Verbot beschlossen. Hintergrund: DuPonts Nylonfaser konnte nicht mit der Hanffaser konkurrieren. 1961 wurde auf Anslingers

ana vor allem Rechtsextremen genutzt haben. Dank der Kriminalisierung kann die Pharmaindustrie synthetische THC-Präparate teuer verkaufen. Zehntausende werden auch in Österreich für Profitinteressen kriminalisiert.

Legalisierung darf nicht so aussehen wie bei Alkohol, Nikotin, Kaffee oder Red Bull: Durch Arbeitslosigkeit, Armut oder Stress in Arbeit & Schule stehen

ren verboten. Mit Suchtmitteln darf kein Profit gemacht werden, Produktion & Abgabe müssen vergesellschaftet werden.

Um einen Vernünftigen Umgang mit Drogen sicherzustellen müssen die Ursachen für den Missbrauch dauerhaft bekämpft, also der Kapitalismus, der Menschen ein Leben ohne Perspektiven aufzwingt, gestürzt werden.

Flo Klabacher



Linke sind Freiwild?

Am 16.4. kam es zu einem WEGA-Einsatz: ein randalierender Nazi hatte die Polizei direkt mit Messer und Kampfhund attackiert. Am 12.3. hatte der gleiche Nazi ein Mitglied der SLP angegriffen. Auch ihn hatte er mit Hund und Messer bedroht. Keine Polizei kam zu Hilfe. Nach der Anzeige wurde dem SLPler vermittelt, da sei nicht viel zu machen, er sei eben nicht schwer genug verletzt gewesen (nur zwei Tage arbeitsunfähig).

Dass der Nazi nun doch verhaftet wurde - wohl auch wegen des Angriffs auf den SLPler - ist gut. Aber ein Einzelfall. Denn immer wieder berichten uns v.a. Jugendliche von Gewalt von Nazis, die von der Polizei nicht ernst genommen wird.

Viele Nazi-Delikte landen als „unpolitisch“ nicht einmal in der Statistik, ihre Hetze bleibt sowieso meist ungestraft.

Termin des Monats

Internationale Protesttage in Frankfurt am Main

Aus ganz Europa wird für die internationalen Protesttage in Frankfurt vom 16.-19. Mai mobilisiert. An diesen Tagen finden Aktionen und Demonstrationen gegen das Spardiktat der Troika vor einem ihrer Sitze, der EZB, statt. Auch aus Österreich wird mit Bussen mobilisiert. Fahr mit uns nach Frankfurt!



Infos und Anmeldung unter slp@slp.at oder blockupy-wien@riseup.net



DIE LINKE: Fünf Jahre nach ihrer Gründung

Vor fünf Jahren, als DIE LINKE aus der Fusion von WASG und Linkspartei. PDS entstand, galt sie als Erfolgsstory. Die Partei zog in Landesparlamente ein, setzte mit ihren Forderungen nach Truppenabzug aus Afghanistan, der Abschaffung von

weniger über DIE LINKE berichten als über andere Parteien, genannt. Auch die ökonomische Sonderentwicklung Deutschlands und das Ausbleiben großer sozialer und betrieblicher Kämpfe, in denen die LINKE ein Bezugspunkt hätte werden

der Fusion überdeckt. Mit den ersten Krisenerscheinungen sind die alten Konflikte wieder aufgebrochen. Doch statt sie inhaltlich auszudiskutieren, werden „Kompromisse“ geschlossen, um die Einheit der Partei nicht zu gefährden. Dann werden die

len auf Bundesebene erzielten konnte. Die LINKE ist zudem eine Partei, die zumindest den Anspruch vertritt, abhängig Beschäftigte und Erwerbslose zu vertreten.

Nun können die Piraten trotz inhaltlicher Schwächen als angebliche Protestpartei punkten, weil DIE LINKE von vielen als linkes Korrektiv und nicht als grundlegend andere Partei wahrgenommen wird.

In den letzten Jahren war sie selten ein vorwärtstreibender Teil von Bewegungen, sondern eher Zaungast. Stattdessen hat sich eine starke Orientierung auf die Parlamente durchgesetzt. Dabei vergisst so mancher, dass grundlegende Verbesserungen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung immer durch gesellschaftlichen Druck und Kämpfe durchgesetzt wurden und nicht durch geschicktes Taktieren im Parlament.

Die Partei hat sich 2011 ein Grundsatzprogramm gegeben, das antikapitalistische Positionen vertritt. Das drückt die Stimmung an der Basis und die Stärke des linken Flügels aus. Doch die Versuche von Teilen der Partei, sie auf Regierungsbeteiligungen mit

pro-kapitalistischen Parteien einzuschwören, setzen sich fort. Eine solche Regierungsbeteiligung mit der SPD hat in Berlin 2002-11 zu Privatisierung von Wohnraum, Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung im Öffentlichen Dienst geführt. Die LINKE Berlin büßte an Glaubwürdigkeit ein und verlor mehr als die Hälfte der Stimmen.

Die LINKE wird nur kompromisslos für die Interessen von Arbeitern, Angestellten und Erwerbslosen kämpfen können, wenn sie die kapitalistischen Sachzwänge ablehnt. Sonst landet sie bei einer Politik des „kleineren Übels“.

Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Flügeln wird sich verschärfen. Die Frage wer der/die neue ParteivorsitzendeR wird, ist nicht unwichtig. Die Parteilinke sollte aber v.a. eine politische Bilanz ziehen und DIE LINKE auf einen kämpferischen, sozialistischen Kurs einstimmen.

Lucy Redler,
CWI Deutschland
www.sozialismus.info

Lucy ist Mitglied der LINKE und der Strömung AKL sowie SAV-Bundesprecherin (deutsche Schwes-terorganisation der SLP)

Die Krise in der Eurozone und die Schwäche der Regierung erhöhen den Druck auf DIE LINKE.

Hartz IV und der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns die anderen Parteien gehörig unter Druck. Heute stagniert die Partei. Weniger Leute treten bei, die Treffen sind schlechter besucht und in der Öffentlichkeit werden v.a. die Personaldebatten wahr genommen. Im Vergleich zur letzten Bundestagswahl (11,9 %) ist DIE LINKE in Umfragen auf sieben Prozent gefallen. Dabei müsste sie doch von der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit, der kapitalistischen Krise, Bewegungen wie occupy und einer schwächelnden Bundesregierung profitieren. Was ist passiert?

Als Erklärungen werden Personalquerelen und dass die bürgerlichen Medien

können, verkomplizieren die Lage. Doch all dies ist nicht Kern des Problems.

Die Ursache ist, dass sie seit ihrer Fusion zwei Parteien in einer ist. Während der Flügel um das Forum demokratischer Sozialismus (FdS) eine Annäherung an SPD und Grüne durchsetzen möchte und das auch in der Koalition mit der SPD in Brandenburg praktiziert, setzt die Parteilinke auf Opposition zu den etablierten Parteien und lehnt eine Regierungsbeteiligung ab. Während die Kräfte des FdS den Einsatz der Bundeswehr im Einzelfall durchsetzen wollen, lehnt die Parteilinke Auslandseinsätze bedingungslos ab. Diese unvereinbaren Positionen wurden durch die Erfolge der Partei nach

Differenzen über Personaldebatten ausgefochten.

Die Strömung Antikapitalistische Linke (AKL) schrieb vor kurzem, dass DIE LINKE zu „einer sozialistischen Massenpartei“ werden müsse. SAV-Mitglieder teilen dieses Ziel und sind der AKL beigetreten. DIE LINKE ist bei allen Unzulänglichkeiten der Ansatzpunkt, eine solche Partei aufzubauen. Sie ist die einzige Partei, die im Bundestag gegen die Bankenrettungspakete gestimmt hat, die Schuldenbremse ablehnt und sie ist die wesentliche Oppositionspartei. Ihre Existenz ist ein wichtiger Grund dafür, dass in Deutschland keine rechtspopulistische Kraft Erfolge bei Wah-

Frankreich: Erfolge für links & rechts

Die Wahlen in Frankreich brachten eine starke Polarisierung mit Überraschungserfolgen für die rechtsextreme Le Pen, aber auch für den Linksfront-Kandidaten Mélenchon. Vorwärts sprach mit Tiphaine Soyez, Aktivistin von Gauche Revolutionnaire (CWI Frankreich).

V: Wie groß war der reale Unterschied zwischen Hollande und Sarkozy?

TS: Programmatisch unterschieden sie sich nicht wirklich – Beide sind grundsätzlich bereit, die von der EU geforderten Sparmaßnahmen durchzuführen. Beide waren sich darüber einig, die Schulden zu reduzieren und zu kürzen.

V: Was bedeutet die massive Unterstützung für Le Pen?

TS: Le Pen präsentierte sich primär als Alternative zu den etablierten Parteien und zur undemokratischen EU. Das brachte ihr ein „soziales“ Profil. Das verband sie dann mit der typischen rassistischen Hetze. In Wahrheit ist ihr Programm gegen die ArbeiterInnenklasse ausgerichtet. Sie fordert z.B. die Senkung des Mindestlohns und stellt sich gegen Streiks. Wir sagen, dass Attacken auf MigrantInnen auch den

französischen ArbeiterInnen nicht helfen.

V: Was steckt hinter dem Erfolg des linken Kandidaten Mélenchon?

TS: Er konnte mit linken und sozialen Forderungen, wie der nach der Verstaatlichung des Energiesektors, viel Unterstützung gewinnen. Aber er griff den Kapitalismus nicht ernsthaft an. Er rief zwar zu einer „Revolution“ auf, doch verband er diese Phrase nicht mit einer konkreten Alternative. Die Leute sollten ihn wählen, dann würde das schon werden.

V: Was sind nun die Aufgaben der Linken?

TS: Der Erfolg von Mélenchon zeigt die Möglichkeiten für eine konsequente linke Kraft auf. Aber die Front de Gauche ist nur ein Bündnis der KP und einer Abspaltung der Sozialdemokratie, keine AktivistInnenorganisation. Das Scheitern der NPA hat den Prozess für die Formierung einer neuen Linken zurückgeworfen. Aber die Ausweglosigkeit der etablierten Politik und die Gefahr von Rechts machen eine neue ArbeiterInnenpartei, die soziale Kämpfe aktiv unterstützt, bitter notwendig.



Reiche Frauen – Reiche Männer

Der Wahlerfolg der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi in Burma wiederholt ein Phänomen, das wir auch schon in Sri Lanka, Indien, Pakistan und

den der herrschenden Klasse von GroßgrundbesitzerInnen und KapitalistInnen. Die Besitz- und Eigentumsverhältnisse haben sie kaum angegriffen

lichkeit. Die Frauen werden wenig davon haben. Dafür braucht es Bäuerinnen, Arbeiterinnen und Gewerkschafterinnen, die die Verteilung des Landes

Asien: Frauen an der Spitze der Opposition – doch stehen sie für Fraueninteressen?

Indonesien gesehen haben. In Gesellschaften, in denen Frauenrechte nicht viel wert sind, stehen Frauen als Symbolfiguren der Opposition bzw. kommen an die Macht. Doch an der Situation der Millionen unterdrückter Frauen ändert das nichts. Chandrika Kumaratunga, Indira Ghandi, Benazir Bhutto und Megawati Sukarnoputri waren genau wie Aung San Suu Kyi Vertreterin-

und damit an der katastrophalen sozialen Situation der absoluten Mehrheit der Frauen in dieser Region, die in Armut leben, nichts geändert.

Bezeichnet dafür auch das Treffen zwischen der „Lady“ aus Burma und US-Aussenministerin Hillary Clinton im November 2011. Das westliche Kapital sieht in dem 56 Millionen Menschen Land eine goldene Mög-

an seine BewohnerInnen fordern. Die für ordentliche Löhne und ein Ende der Ausbeutung kämpfen. So können Kastenwesen, Witwenverbrennung, Zwangsehen, religiöser Fundamentalismus und Armut beseitigt werden. Echte Demokratie bedeutet, dass Menschen selbst über die von ihnen geschaffenen Werte entscheiden können!

Sonja Grusch

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

„Polizeiwagen-Demokratie“

In Sri Lanka geht das Regime brutal gegen Linke vor. Im Anschluss an den Gründungskongress einer neuen linken Partei, der FSP, wurden zwei führende AktivistInnen durch die Polizei entführt. Der Vorsitzende der United Socialist Party (CWI in Sri Lanka) reagierte prompt und ein Treffen um Solidarität zu organisieren fand statt. Daran nahmen neben der Presse, die wesentlichen Nicht-Regierungsparteien und -Or-

ganisationen, AnwaltInnen und GewerkschafterInnen teil. Menschen aus beiden Volksgruppen (SinghalesInnen und die unterdrückten TamilInnen) nahmen an den Protesten im In- und Ausland teil. Durch diese Aktionen und die internationale Kampagne, wurde die Regierung schließlich gezwungen, die AktivistInnen freizulassen.

www.lankasocialist.com
www.tamilsolidarity.org

Rechtsextreme scheitern

Schweden: In einem ArbeiterInnenvorort bei Göteborg stellten sich 1.000 AntirassistInnen einer nur 100 Mann starken Demonstration faschistischer Gruppen entgegen. Die Gegen demonstration wurde von Rättvissepartiet Socialisterna (CWI in Schweden) organisiert und Teil einer intensiven Kampagne mit Auftritten in TV, Radio und Zeitungen. Stefan Berg (RS) erklärte in seiner Rede: „Die antirassistische Bewegung muss Hand in Hand

mit dem Kampf gegen die rechte Politik gehen – mit klaren Slogans gegen Kürzungen und politische Angriffe!“ Die Rechtsextremen versuchen, Jugendgewalt als „Ausländerproblem“ darzustellen. Doch wir sagen, die schlechte soziale Lage führt zu Perspektivlosigkeit. RS setzt sich schon länger für eine bessere Wohnungssituation, Geld für Bildung und sichere Jobs ein.

www.socialisterna.org

Uni-Proteste

In Indien werden die Universitäten weiter privatisiert und einige Stipendien gekürzt. Dies betrifft v.a. Angehörige der unteren Kasten und drängt sie aus der höheren Bildung. Dagegen hat eine linke StudentInnenorganisation, an der sich auch New Socialist Alternative (CWI in Indien) beteiligt, in Pune zum Protest aufgerufen. 400 nahmen am fünf Kilometer langen Marsch durch die Stadt teil.

www.socialism.in

Wo können sozialistische Jugendliche aktiv werden?

Angesichts von Krise und Widerstand ist für viele Jugendliche klarer, dass es notwendig ist, sich zu organisieren, wenn man was verändern will. Doch wo? Wir haben Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der SPÖ-Jugendorganisation SJ, und Sebastian Kugler, Jugendsprecher der SLP, um ein Statement ersucht.

Und sie bewegt sich doch!

Seit über 20 Jahren verschärft sich die strukturelle Krise und inhaltliche Orientierungslosigkeit der Sozialdemokratie. Bedarf es ihrer also nicht mehr? Oder ist es höchste Zeit, wieder eine starke linke Sozialdemokratie aufzubauen?

Aus meiner Sicht ist es kaum eine andere Partei mehr wert, um sie zu kämpfen! Nicht nur, aber auch wegen ihrer historischen Verdienste: Republikgründung, allgemeines Wahlrecht, Betriebsräte- und Arbeiterkammergesetz, Aufbau des Sozialstaates, Fristenlösung....

Zugegebenermaßen Errungenschaften, deren Realisierung oft lange zurückliegt und die manchmal auch selbst wieder in Frage gestellt wurden. Trotzdem gibt es keine andere Partei, die auch nur annähernd so stark bei ArbeiterInnen verankert ist. Und das ist die grundlegendste Voraussetzung um gesellschaftliche Veränderungen erkämpfen zu können. Daher ist es unsere feste Überzeugung, dass die Sozialdemokratie eine Zukunft hat. Wir setzen 1. auf eine radikale inhaltliche Erneuerung und 2. auf eine strukturell-organisatorische Reform der Partei.

Zu 1: Trotz des weltweiten Zusammenbruchs des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus erleben wir das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Die Wirtschaftskrise war eigentlich Wind in den Segeln einer starken Linken, und hätte der neoliberalen Transformation den Riegel vorzuschieben müssen.

Aber der gesamten Linken gelang es nicht, ein klares Gegenprogramm zu entwerfen. Daher unser Ziel, am Parteitag im Herbst den Start für eine neue Programmatik durchzusetzen.

Zu 2: Wenn die SPÖ auch künftig eine tragende Rolle spielen will, muss es einen Umbau Richtung „Mitmachpartei“ geben. Kreiskys legendärer Satz „Wir müssen alle Lebensbereiche mit Demokratie durchfluten“, gilt heute für niemanden so sehr wie für die SPÖ.

Die Gesellschaft zu ändern, geht nur MIT der Gesellschaft. Dies braucht möglichst breite Verankerung in der Bevölkerung und Organisierung vor Ort. Das Konzept des Austromarxismus, den Menschen „von der Wiege bis zur Bahre“ ein anderes Gesellschaftsmodell anzubieten und für die Überwindung des Kapitalismus zu kämpfen, hat nichts an Richtigkeit eingebüßt.

Abschließend: Es ist jeder/m unbenommen, nicht mehr an die SPÖ zu glauben und sich anderweitig zu organisieren. Wir haben aber jüngst gesehen, dass sich das Kämpfen für den Kurswechsel lohnt – etwa beim Nein zum kleinen Glücksspiel, dem Ja zu Vermögenssteuern oder bei der Einführung von „Wählen mit 16“. Das hat uns bewiesen: Als rings die Welt im Irrtum schlief: Und sie bewegt sich doch!

Wolfgang Moitzi ist Vorsitzender der Sozialistischen Jugend Österreich



Anfang der 1980er war die Sozialistische Jugend noch eine Massenorganisation. Außer dem Namen ist nicht viel geblieben.

Und sie bewegt sich doch ... nach rechts!

Als ich vor fünf Jahren zum ersten Mal auf den Fackelzug der Wiener SJ ging, wollte ich gegen Rassismus, Sexismus und Bildungsabbau kämpfen – ohne wenn und aber. Wie viele andere stieß ich auf die SJ – als die Organisation, die das meiste Geld hat und damit am sichtbarsten ist. Was mich irritierte: Das SPÖ-Logo auf SJ-Flyern. Die SPÖ war (und ist) für mich eine etablierte Partei.

Erfolge der Vergangenheit sind kein Blankoscheck für Verbrechen der Gegenwart. Schon weil wohl kein jungliches SJ-Mitglied die letzte Errungenschaft der SPÖ überhaupt erlebt hat. Meine Generation kennt die SPÖ als Partei der Gusenbauers und Faymanns. Egal ob in Koalition, Alleinregierung oder Opposition: Die SPÖ stimmt Sparpaketen, Bettelverboten und Asylrechtsverschärfungen zu, bzw. arbeitet sie aus.

Versuche, die SPÖ nach links zu drücken, gab es viele. Gelungen davon ist kein einziger. Als die Wiener SJ Anfang der 90er

drohte, unter den Einfluss der marxistischen „Vorwärts“-Strömung zu fallen, wurde sie von Linken gesäubert, Bezirksgruppen geschlossen, Hausverbote erteilt. Die führenden Köpfe dieser Hexenjagd (Wehsely, Schieder, Krainer etc.) sitzen heute in hohen SP-Positionen.

Lippenbekenntnisse zu Vermögenssteuern, wie wir sie mittlerweile aus allen Parteien gehört haben, als Zeichen für einen potentiellen „Linkschwenk“ zu deuten, an der SPÖ festzuhalten und dabei 30 Jahre neoliberale und rassistische Politik zu ignorieren ist gefährliche Realitätsverzerrung. Die SJ gaukelt Jugendlichen, die links aktiv sein wollen, eine „gewinnbare“ SPÖ vor (worauf keinE JugendlicheR von sich aus kommen würde!) – Scheitern, Enttäuschung und Entpolitisierung sind vorprogrammiert.

Damals ausgeschlossene „VorwärtslerInnen“ spielen heute eine wichtige Rolle in der SLP. Sie ha-

ben die Entwicklung der letzten Jahrzehnte analysiert und kamen zu dem Schluss, dass für konsequente linke Politik in der SPÖ kein Platz ist. Es ist kein angenehmes Gefühl, zu wissen, dass es da draußen keine ArbeiterInnenpartei gibt. Einzusehen, dass neue Organisationen aufgebaut werden müssen, auch wenn es Knochenarbeit ist. Aber es führt nichts daran vorbei. Es gibt keine wirklich unabhängige Vorfeldorganisation oder linke Nische, die die Partei zulässt. Wer in der SJ aktiv ist, hat die Wahl: Sich mit der Zeit entradikalisieren und „erwachsen“ (also angepasst) werden, oder gegen dieselben Wände immer wieder zu laufen und schlussendlich aufzugeben. Diese Kräfte aber fehlen beim so notwendigen Aufbau einer echten sozialistischen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche!

Sebastian Kugler ist Jugendsprecher der SLP

SLP-Programm genau erklärt:

Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht

kurrenz sind sie gezwungen auf die Nebenwirkungen ihrer Technologien, auf Sicherheitsvorkehrungen etc. zu pfeifen – weil es die Konkurrenz auch tut oder für den Profit. Selbst Dinge, die der Kapitalismus „der Um-

gelder Investitionen in Bildung liegen ungeheure geistige Ressourcen brach. Aus Angst vor Konkurrenz werden Forschungsergebnisse geheim gehalten anstatt weltweit als Basis für Entwicklung genutzt zu wer-

Für eine Gesellschaft, in der soziale & ökologische Interessen Vorrang vor Profiten haben.

von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

Atomkatastrophen, Ölkatastrophen, Klimaerwärmung... all das kann auch ohne Kapitalismus passieren – aber der Kapitalismus verschlimmert es, weil Profite im Zentrum stehen. Zwar hätten auch die KapitalistInnen gerne eine schöne und saubere Umwelt (z.B. die Tourismuswirtschaft) – aber umsetzen sollen das andere. Aufgrund von Kon-

welt zuliebe“ macht, schaffen neue Probleme: So werden in Griechenland Müllverbrennungsanlagen als alternative Energien verkauft – eine neue Profitquelle fürs krisengebeutelte griechische Kapital. Der Kapitalismus ist eine Fessel für die Entwicklung von sauberen Technologien. Denn die Kreativität jedes einzelnen am Arbeitsprozess beteiligten Menschen wird nicht einbezogen. Wegen man-

den. In einer sozialistischen Gesellschaft stehen die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt. In den Betrieben und Nachbarschaften könnte über Komitees auf allen Ebenen demokratisch entschieden werden, welche Technologien eingesetzt und wo Kraftwerke gebaut werden. Bei Sicherheit wird nicht gespart. Eine demokratisch geplante Wirtschaft könnte so umwelt-schonend wirtschaften.

Jetzt Mitglied der SLP werden!

Das Establishment versinkt im Korruptionssumpf, Rechtsextreme bekommen Aufwind, die mehrmals totgesagte Krise des Kapitalismus wütet schlimmer denn je – viele wollen sich damit nicht länger zufrieden geben und wollen selbst aktiv werden. Die SLP bietet konsequente antirassistische und antikapitalistische Politik, die nicht von ein paar gut bezahlten FunktionärInnen hinter ver-

staubten Schreibtischen gemacht wird, sondern von AktivistInnen auf der Straße. Auch Markus, Maturant aus Wien, hatte genug: „Ich habe schon lange eine Organisation gesucht, bei der ich mich aktiv beteiligen kann und die SLP hat da mit den politischen Ideen voll ins Schwarze getroffen.“

Markus stieß während der Anti-ACTA-Proteste auf die SLP, andere über Aktivitäten gegen Ab-

schiebungen, wieder andere über den Kampf gegen das Sparpaket. Klar ist für uns alle: Wir kämpfen mit unseren Schwesterorganisationen in über 45 Ländern für eine Gesellschaft ohne Rassismus, Sexismus und Ausbeutung, für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft.

Wenn du beitreten möchtest, ruf an unter 0699-19040917 oder schreib an slp@slp.at

Neue SLP-Broschüre über Geschichte, Gegenwart und aktuelle Entwicklungen in Ungarn

Der Bogen, den die neue Broschüre der SLP auf 38 Seiten schlägt ist weit. Den fünf AutorInnen ist es gelungen, die ungarische Wirklichkeit jenseits der gängigen Klischees genauer zu erfassen. „Viele Liberale und Linke haben Ungarn aufgegeben und meinen, es sei an die extreme Rechte gefallen. Das CWI stimmt dem nicht zu. Die mächtigste Kraft in der ungarischen Gesellschaft – die ArbeiterInnenklasse – hat die Bühne bisher noch

gar nicht betreten. Sie wird immer weniger die Wahl haben und muss sich gegen die Angriffe von Orbán auf Rechte und Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse verteidigen. Dabei wird auch die Notwendigkeit einer Alternative zum neuen kapitalistischen Ungarn aufgeworfen werden.“

Jetzt bestellen: € 5,- inkl. Versand einzahlen auf PSK 8812.733 (BLZ: 60.000)



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Sonntag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr
im 'Stockwerk'
Jakominiplatz 18

SLP-Jugendgruppe

jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im 'Amerlinghaus'
7., Stiftgasse 8
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SLP-Ortsgruppe

jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria La Piazza'
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

SLP-Unigruppe

jeweils Donnerstag, 19³⁰ Uhr
im 'Café Daun', Hinterzimmer
8., Skodagasse 25
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

SLP-Ortsgruppe

jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Gasthaus Zypresse'
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

Andere über uns



Die FPÖ Wien-Favoriten startete eine Kampagne gegen ein Asylheim. Bei der ersten „Infoveranstaltung“ hetzten Gudenus & Co gegen AsylwerberInnen, während die SLP davor lautstark protestierte. Das alternative Medium WienTV fragte uns nach unseren Gründen – Die Antwort war klar: Nicht AsylwerberInnen sind ein Sicherheitsrisiko, sondern die Kürzungspolitik der Regierung kombiniert mit dem Rassismus der FPÖ!

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

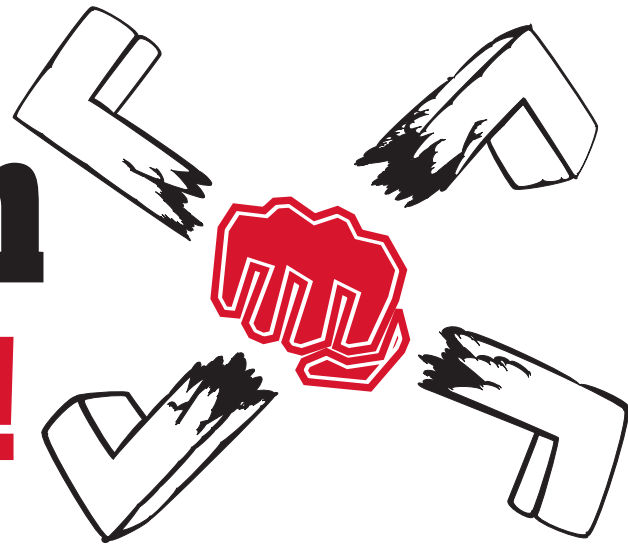
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Ousmane: Bleiberecht muss erkämpft werden

Mehr auf Seite 5

Rechtsextrem stützt das System!



Der Rassismus von Breivik & Co nützt den Herrschenden, weil er gemeinsamen Widerstand verhindert!

Neonazis werden oft als dumm, gewalttätig und chaotisch dargestellt. Dies stimmt aber nur zum Teil. Der rechte Rand stellt nicht nur eine physische Gefahr dar, sondern auch eine politische. Vor allem in der Weltwirtschaftskrise organisieren sich die nationalistischen Kräfte

in Parteien wie der FPÖ, der NPD oder der Front National.

Während SPÖ & ÖVP Kürzungspakete beschließen, können die Rechten Hass gegen MigrantInnen schüren. Sie müssen für Strache & Co als Sündenböcke herhalten. Aber es

sind nicht MigrantInnen, die täglich Arbeitsplätze vernichten, Kürzungen beschließen und bis zum Hals im Korruptionssumpf stecken, sondern Unternehmen & Politik.

Denen kommen die Rechtsextremen – trotz verbaler Distanzierungen – nicht

unrecht, weil sie gemeinsamen Widerstand von ArbeiterInnen verhindern. „Kulturkämpfer“ wie der Massenmörder Breivik töten für das „Vaterland“ – und verwischen damit Klassengrenzen zugunsten der Besitzenden. Österreicherische ArbeitnehmerInnen haben mit ih-

ren migrantischen KollegInnen mehr gemeinsam als mit ihren Chefs. Wir brauchen eine aktive ArbeiterInnenpartei, die für eine sozialistische Gesellschaftsalternative steht und entschieden gegen die RassistInnen und „Kulturkämpfer“ vorgeht.

Simon Stockhammer

Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

› Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

› Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.

› Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!

› Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

› Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

› Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

› Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

› Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

› Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

› Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

› Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!

› SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

› Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

› Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

› Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

› Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.